

FOTOKOPIE für Abg. Frau Seeler (SPD)

NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM

Az.: Z/1 - 01 425/01 -



Präsident des Nieders.
Landtages
- Landtagsverwaltung -

3000 Hannover

Hannover, den 13. 5. 1991

Tel. + 120 - [REDACTED]



Leukämiefälle in der Samtgemeinde Elbmarsch, Gemeinde Tespe und
Marschacht

- Kleine Anfrage der Abg. Frau Seeler (SPD)
- LT-Drs. 12/1074

Bezug: Ihr Schreiben vom 14.03.1991 an die Niedersächsische Staats-
kanzlei

Anlg.: 1 Doppel dieses Schreibens

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie
folgt:

Der Verdacht einer Häufung von Leukämieerkrankungen bei Kindern in
der Samtgemeinde Elbmarsch ist der Landesregierung seit Anfang Mai
1990 bekannt. Das zuständige Gesundheitsamt Winsen hat damals umge-
hend mit den Ermittlungen begonnen. Mein Haus hat die für die Kern-
kraftüberwachung zuständige oberste Landesbehörde in Schleswig-Hol-
stein um Auskunft über die genehmigten und die meldepflichtigen Ra-
dioaktivitätsfreisetzungen aus dem Kernkraftwerk Krümmel und den
beiden Forschungsreaktoren der GKSS Geesthacht gebeten. Darüber
hinaus wurde damit begonnen, Verdachtsmomenten nachzugehen, die auf
eine Belastung der betroffenen Bevölkerung mit leukämieverdächtigen
chemischen Schadstoffen oder auf eine Ansteckung mit Leukämieviren
hindeuten. Bereits 1990 wurden Maßnahmen zum Schutz des Trinkwas-
sers und der Luft ergriffen, um weiteren Erkrankungsfällen vorzu-
beugen.

Dies vorangeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

...

022 014 101
10.89

NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM

- 2 -



Zu 1:

Es ist unbestritten, daß ionisierende Strahlen das Leukämierisiko erhöhen. Die aus Anlaß einer vergleichbaren Häufung von Leukämiefällen in der Samtgemeinde Sittensen, Landkreis Rotenburg, durchgeführten Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß solche räumlich-zeitlichen Verdichtungen von Leukämieerkrankungsfällen (sog. Cluster) auch in ländlichen Gegenden vorkommen, die von Kernkraftwerksstandorten weit entfernt sind.

Die vom Antragsteller zitierte Gardner-Studie hat Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Kinder radioaktiv belasteter Väter mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an Leukämie erkranken als die Kinder unbelasteter Väter. Die Studie ist auf die Verhältnisse in der Elbmarsch aus folgenden Gründen nicht direkt übertragbar:

- Die in einer Wiederaufbereitungsanlage auftretende Strahlenbelastung liegt erheblich über der Umgebungsbelastung durch Kernkraftwerke. Die Personendosis von Mitarbeitern der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield betrug in 13 Jahren bis zu 188 mSv (18,8 rem). Die Personendosis von Anwohnern des KKW Krümmel liegt dagegen bei weniger 10 μ Sv (1 mrem) pro Jahr. Eine ursächliche Beteiligung der Radioaktivitätsfreisetzungen der drei Reaktoren in Krümmel und Geesthacht an der drastischen Erhöhung der Kinderleukämierate in der Elbmarsch ist daher unwahrscheinlich.
- Nur einer der Väter leukämiekranker Kinder in der Elbmarsch hat eine Beziehung zu Kernanlagen. Auch er ist jedoch nicht beruflich strahlenexponiert, sondern als Handwerker außerhalb des Kontrollbereichs beschäftigt. Keine der Mütter ist strahlenexponiert.
- In der Gardner-Studie standen 10 leukämie- bzw. lymphomkranke Kinder von strahlenexponierten Vätern 56 leukämie- bzw. lymphomkranken Kindern von unbelasteten bzw. anderweitig belasteten Vätern gegenüber. Die Mehrzahl der Leukämie- und Lymphomfälle im Untersuchungsgebiet Westcumbria mußte daher auf sonstige Risikofaktoren zurückgeführt werden.

Im Jahre 1983 ist bei einer Betriebsstörung im "heißen" Labor der Forschungsreaktoren in Geesthacht-Tesperhude eine meldepflichtige Jodfreisetzung erfolgt. Diese hat nach Berechnungen des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums zu einer Zusatzbelastung der Einwohner von Elbmarsch von weniger als 0,8 μ Sv (0,08 mrem) geführt. Gemessen an der normalen jährlichen Hintergrundbelastung ist dies eine Erhöhung um weniger als 1 Promille.

Bei einer Betriebsstörung im Kernkraftwerk Krümmel 1990 ist meldepflichtig Tritium freigesetzt worden. Nach Aussagen des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums hat dies zu einer Mehrbelastung des Wasserpfadens um 0,001 % des Einleitungsgrenzwertes geführt. Dies bedeutet, über das Jahr gemittelt, eine Zusatzbelastung für die Einwohner von Elbmarsch unterhalb von 0,01 μ Sv (1 μ). Gemessen an der normalen Hintergrundbelastung ist dies eine

...

022 014 101
10.89

NIEDERSÄCHSISCHES SOZIALMINISTERIUM



— Erhöhung um 0,01 Promille. Die Messung der Gamma-Ortsdosisleistung in Elbmarsch hat keine Anhaltspunkte für eine erhöhte Belastung mit radioaktivem Fall-Out erbracht.

Die Niedersächsische Landesregierung wird der abschließenden Beurteilung der Sachlage durch die das Sozialministerium beratende Expertenkommission nicht vorgreifen. Ein Zusammenhang zwischen der Häufung von Leukämiefällen in Elbmarsch und der Langzeitwirkung von ionisierenden Strahlen auf die Eltern bzw. die Kinder kann daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder bejaht noch ausgeschlossen werden. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen scheidet sie als wichtiger Risikofaktor für alle Erkrankungen jedoch aus.

Zu 2:

Es ist Hauptanliegen der Niedersächsischen Landesregierung, weitere Erkrankungsfälle in Elbmarsch zu vermeiden. Sie hat deshalb bereits vorsorgliche Maßnahmen zur Ausschaltung von Umweltrisiken ergriffen. Ein herbizidbelasteter Brunnen der öffentlichen Wasserversorgung ist geschlossen worden. An einem örtlichen Chemiebetrieb sind immissionsmindernde Nachrüstmaßnahmen angeordnet worden. Die bereits veranlaßten systematischen Untersuchungen zielen darüber hinaus darauf ab, die Ursache bzw. die Ursachen der Häufung kindlicher Leukämien zu ermitteln, um dann gezielte Abwehrmaßnahmen zur Verhinderung weiterer Erkrankungsfälle ergreifen zu können. Die Untersuchungen befassen sich im wesentlichen mit der Ursächlichkeit der Elbe für die Erkrankungen, Besonderheiten der örtlichen Immissions-situation und besonderen Risikofaktoren im häuslichen und im medizinischen Bereich. Durch Vergleich der bei der Untersuchung von 8 weiteren Leukämie-Clustern im In- und Ausland ermittelten Risikofaktoren mit denen von Elbmarsch soll abgeklärt werden, ob es gemeinsame Risikofaktoren gibt.

Wegen der Vielzahl der in Betracht zu ziehenden Risikofaktoren hätte eine epidemiologische Studie auf Bundesebene die meiste Aussicht auf Erfolg. Entsprechende Vorgespräche mit Vertretern des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes sind geführt worden. Der Leiter der Expertenkommission meines Hauses wird zur Vorbereitung dieses Vorhabens eine spezielle Arbeitsgruppe zusammenstellen und mit ihr einen Projektvorschlag erarbeiten. Falls sich die Bundesregierung und die übrigen Länder an dem Projekt nicht beteiligen, wird die Landesregierung Haushaltsmittel zur Durchführung einer Pilotstudie zur Verfügung stellen.



022 014 101
10.89